

Peter Jurczek

Bevölkerungsentwicklung in Südwestsachsen und daraus resultierende Konsequenzen

Population development in South-West Saxony and resulting consequences

Kurzfassung

Seit einigen Jahren ist in Deutschland eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen. Davon sind die ostdeutschen Regionen besonders betroffen, was am Beispiel von Südwestsachsen dargestellt wird. Hauptursache ist die stetig sinkende Geburtenrate, die durch einen zunehmenden negativen Wanderungssaldo verstärkt wird. Statistische Prognosen bis zum Jahr 2015 lassen keine Besserung der Situation erwarten, sondern sagen vielmehr eine Intensivierung der Bevölkerungsverluste – wenn auch regional unterschiedlich – voraus. Die tendenziell weiter sinkende Bevölkerungszahl ruft zahlreiche und vielfältige Auswirkungen hervor, die sowohl das gesellschaftliche Leben generell prägen als auch speziell raumbezogene Folgeerscheinungen induzieren. Daher müssen handlungsorientierte Strategien zur Sicherung der Bevölkerungszahl und -struktur erarbeitet und umgesetzt werden, die verschiedene fachpolitische Maßnahmenbereiche umfassen.

Abstract

For several years, Germany has been characterised by a declining population development. Regions in eastern Germany are especially affected by this as the example of South-western Saxony will show. Main cause of this development is the constantly declining birth rate which effects are strengthened by a negative migration rate. Statistic prognoses for the year 2015 do not show an improving situation but rather forecast an intensification of population losses, although with regional differences. The tendentious further declining number of population causes numerous and diverse effects that influence social life in general but also induce special spatial consequences. Therefore, action-oriented strategies have to be developed and implemented to secure the number and structure of population. They include several fields of special measures.

1 Einführende Problemskizze

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist in der Bundesrepublik Deutschland und in den meisten anderen europäischen Ländern von einem weiteren Rückgang der Bevölkerung auszugehen; zumindest dann, wenn keine Zuwanderungen größeren Umfangs aus dem Ausland erfolgen. Grund hierfür ist in erster Linie der negative natürliche Bevölkerungssaldo: Während einerseits die durchschnittliche Zahl der Geborenen – insbesondere in den deutschen Haushalten – stetig abnimmt, erreicht die Bevölkerung andererseits – nicht zuletzt

durch eine kontinuierliche Verbesserung gesundheitsfördernder Maßnahmen – ein immer höheres Durchschnittsalter.

Allerdings treten die bevölkerungsbezogenen Schrumpfungerscheinungen nicht flächendeckend auf, sondern es ergeben sich teilweise gravierende regionale Unterschiede. Was den natürlichen Bevölkerungssaldo betrifft, so fällt dieser in den neuen Bundesländern weitaus negativer aus als in den alten Bundesländern (vgl. BBR 2000, S. 12–16). Dies hängt im Wesentlichen

mit der unterdurchschnittlichen Geburtenrate nach der Wende (z. B. wegen unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse, Fortzügen von Bewohnern im gebärfähigen Alter, zeitgeistbedingter Kinderlosigkeit) zusammen.

In Ergänzung dazu ist der Wanderungssaldo der Bevölkerung zu nennen, der in Ostdeutschland unmittelbar nach der Wende in hohem Maße negativ war, sich bis zur Mitte der neunziger Jahre etwa ausgeglichen entwickelte und in letzter Zeit wieder negativ geprägt ist. Allerdings sind auch hierbei deutliche regionale Unterschiede festzustellen: während in das Umland der Großstädte in der Regel Zuwanderungen erfolgen, verlieren häufig die ländlichen Räume und vor allem die Kernstädte der Verdichtungsgebiete Einwohner.

2 Bevölkerungsentwicklung in Sachsen

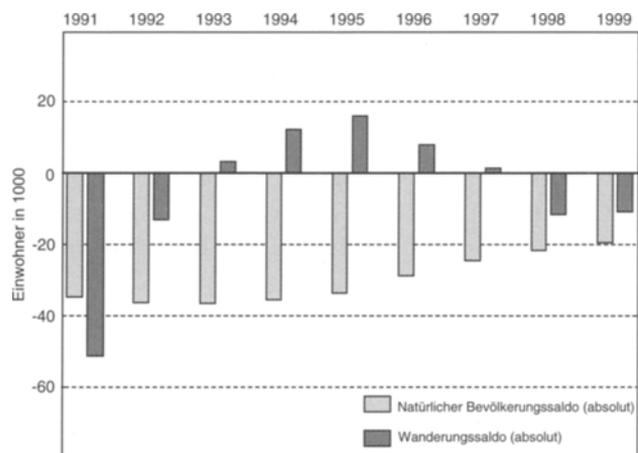
In Sachsen leben im Jahr 2001 rd. 4,4 Mio. Menschen. Dadurch weist der Freistaat unter den neuen Bundesländern nicht nur die höchste Einwohnerzahl auf, sondern er ist zudem durch einen hohen Industriebesatz und Verstädterungsgrad geprägt. Seit 1990 hat sich die Zahl der Bevölkerung um rd. 7 % verringert. Auch in den nächsten Jahren wird mit einem anhaltenden Bevölkerungsverlust gerechnet (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2000).

1991 und 1992 sowie erneut – wenn auch auf geringem Niveau – Ende der 1990er Jahre waren sowohl der natürliche Bevölkerungs- als auch der Wanderungssaldo negativ (vgl. Abb. 1). Obwohl der natürliche Bevölkerungssaldo sich in den Jahren nach der Wende zunehmend günstiger entwickelt hat, ist er auf Grund der jährlichen Wiederkehr seiner negativen Werte dennoch ausschlaggebend für den Rückgang der Einwohnerzahl Sachsens insgesamt. Zwischen 1993 und 1996 verlief der Wanderungssaldo zwar positiv (+41 051), sackte jedoch Ende der 1990er Jahre wieder ab (1998: -11 304; 1999: -10 550).

Von der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung besonders betroffen sind die Gebiete mit Verdichtungsansätzen im Ländlichen Raum (1990–2000: -11,7 %); vorrangig in den Bereichen Hoyerswerda (-23,3 %), Görlitz/Niederschlesien (16,2 %); Riesa-Großenhain (12,1 %). Etwas günstiger haben sich die entsprechend kategorisierten Gebiete in Südwestsachsen, nämlich um Freiberg (-6,5 %) und Plauen/Oelsnitz (-6,1 %), entwickelt. Während die Verdichtungsräume Dresden (-5,0 %), Leipzig (-9,0 %) und Chemnitz/Zwickau (-10,5 %) gleichermaßen – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – Bewohner verloren haben, ergibt sich in den Randzonen der Verdichtungsräume (Leipzig: 13,8 %; Dresden: +12,1 %) in der Regel ein Bevölke-

rungszuwachs. Allerdings bildet das Umland von Chemnitz und Zwickau diesbezüglich eine Ausnahme, da dort innerhalb von zehn Jahren ein Verlust von -3,9 % Einwohnern festzustellen ist. Obwohl sich der Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Räumen (-4,2 %) unter dem Landesdurchschnitt (-7,0 %) bewegt, kommt es bei dessen Beurteilung auf die jeweils konkrete Situation in kleinräumiger Hinsicht an. Hierbei müssen insbesondere der Ausstattungsgrad und die Erreichbarkeit der Infrastruktureinrichtungen in ihrer Unterschiedlichkeit bewertet werden, um die daraus resultierenden Konsequenzen abschätzen zu können.

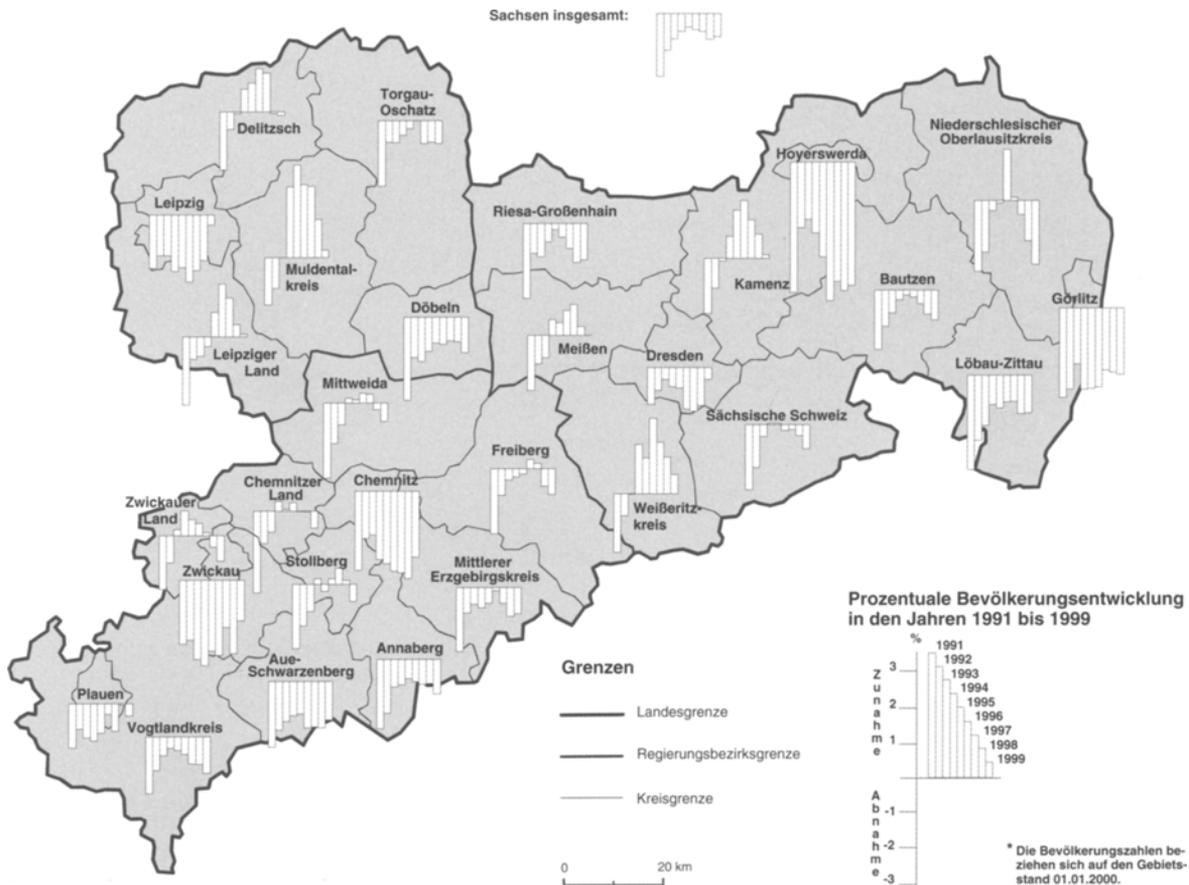
Abbildung 1
Bevölkerungsentwicklung in Sachsen 1991–1999



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Bearbeitung: Fachgebiet Geographie der TU Chemnitz 2001

In Ergänzung zur Darstellung der Bevölkerungsentwicklung nach Gebietskategorien kann festgehalten werden, dass die kreisfreien Städte Sachsens innerhalb von 10 Jahren am meisten an Einwohnern verlieren (vgl. Abb. 2). Davon sind vorrangig die Städte Hoyerswerda, Görlitz, Chemnitz und Zwickau betroffen; in weniger starkem Maße die Städte Dresden, Leipzig und Plauen. Demgegenüber können die meisten der an Dresden (Weißeritzkreis, Kamenz, Meißen) und Leipzig (Muldentalkreis, Leipziger Land, Delitzsch) angrenzenden Landkreise – wenn auch, was die jährliche Bevölkerungsbilanz betrifft, mit abnehmender Intensität – ihre Einwohnerzahl auf Grund der umfangreichen Bevölkerungssuburbanisierung steigern. Während der Bevölkerungsverlust Sachsens seit 1990 mehr als 300 000 Einwohner beträgt, entfällt der höchste Anteil auf den Regierungsbezirk Chemnitz (rd. 8 %) gegenüber den Regierungsbezirken Dresden und Leipzig mit jeweils ca. 6 %.

Abbildung 2
 Bevölkerungsentwicklung in Sachsen nach Kreisen 1991–1999* (in %)



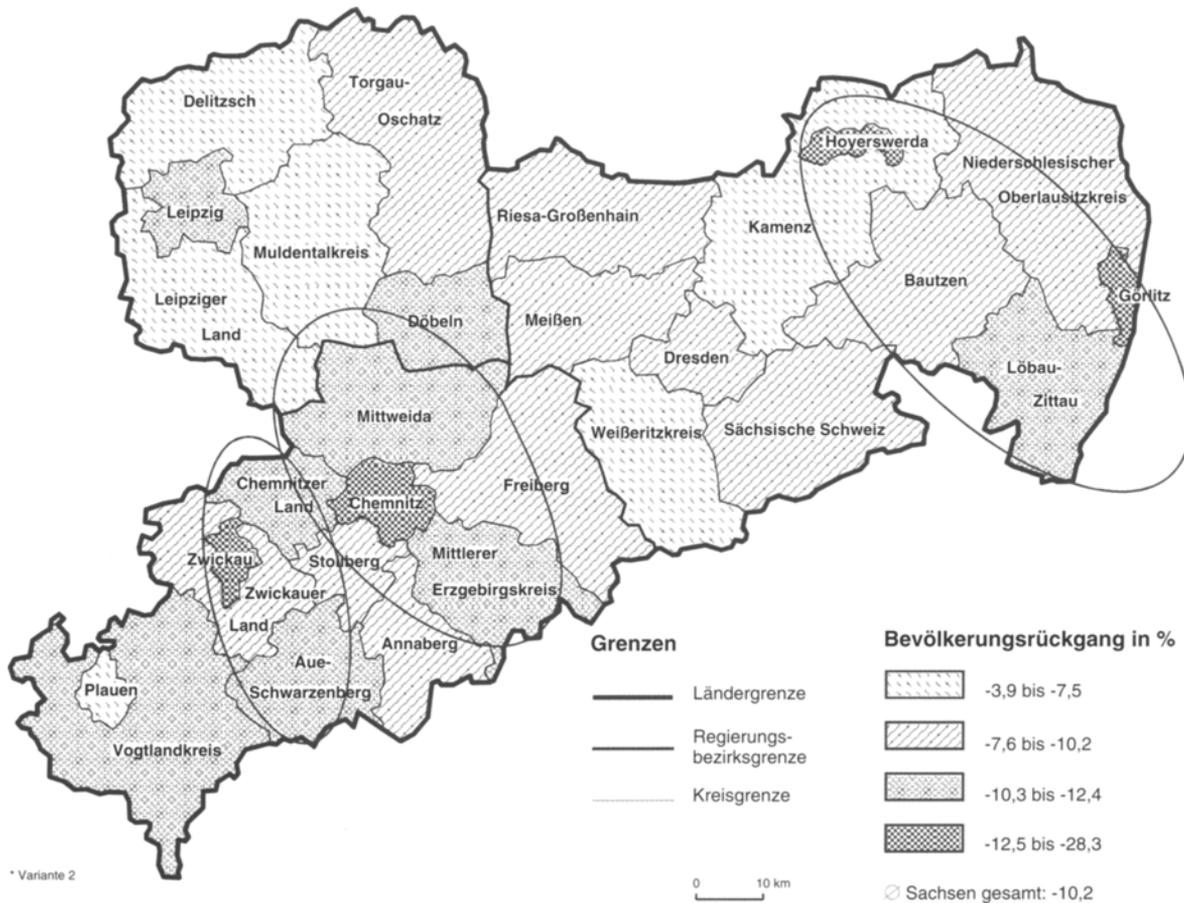
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
 Bearbeitung: Fachgebiet Geographie der TU Chemnitz 2001

Mit einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang ist auch in Zukunft zu rechnen (vgl. Abb. 3). Prognosen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen (2000) besagen, dass die Einwohnerzahl bis 2015 zusätzlich um -9 % auf ca. 4 Mio. (Variante 1) bzw. um -12 % auf rd. 3,9 Mio. (Variante 4) schrumpfen wird. Während Wirtschaftsinstitute diesbezüglich eine optimistischere Haltung einnehmen, gehen kritische Bevölkerungswissenschaftler von einer noch pessimistischeren Sichtweise aus. Auf der pragmatischen Basis der amtlichen Bevölkerungsprognose dürften der Osten und Südwesten des Landes weiterhin an Einwohnern verlieren. In Ostsachsen scheint der Raum Hoyerswerda, Görlitz und Löbau-Zittau davon besonders negativ betroffen zu sein. Im Südwesten sind es wiederum die Stadt Chemnitz und Teile ihres Umlands (Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis, Chemnitzer Land, Mittweida), die Stadt Zwickau sowie Teile des Vogtlands (Vogtlandkreis) und des Westerzgebirges (Landkreis

Aue-Schwarzenberg), die mit anhaltenden Bevölkerungsverlusten rechnen müssen.

Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl gehen in der Regel weitere Veränderungen einher. Dies betrifft vor allem den Wandel der Bevölkerungsstruktur; beispielsweise die fortschreitende Überalterung der Bewohner, ein stetiger Rückgang insbesondere des Anteils jüngerer Menschen bzw. speziell von Frauen im gebärfähigen Alter oder das weitere Anwachsen der Einpersonenhaushalte. Derartige Veränderungen, vor allem wenn sie Ausdruck aktueller gesellschaftlicher Trends sind, stellen an sich noch kein Problem dar. Sie können jedoch dann Schwierigkeiten aufwerfen, wenn sie von gewachsenen Strukturen erheblich abweichen. In unserem Fall werden solche Probleme an räumlichen Disparitäten und ihren Begleiterscheinungen festgemacht, die sich in Folge der regional unterschiedlich verlaufenden Bevölkerungsentwicklung ergeben.

Abbildung 3
Regionale Schwerpunkte der für Sachsen bis 2015 erstellten Bevölkerungsprognose*



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2015, Teil 2, Kamenz 2000, S. 34
Bearbeitung: Fachgebiet Geographie der TU Chemnitz 2001

3 Bevölkerungsentwicklung in Südwestsachsen

Hatte der Regierungsbezirk Chemnitz 1990 noch 1,8 Mio. Einwohner, so waren es 1999 145 419 bzw. 8,1 % weniger (vgl. nachfolgende Tabelle). Überdurchschnittlich hohe Bevölkerungsverluste sind in den kreisfreien Städten Chemnitz (-16,5 %) und Zwickau (-15,8 %) sowie im Landkreis Aue-Schwarzenberg (-10,8 %) zu verzeichnen.

Fast zwei Drittel des Bevölkerungsrückgangs entfallen auf den natürlichen, über ein Drittel auf den räumlichen Bevölkerungssaldo. Letzterer ist in den Städten Chemnitz und Zwickau überproportional negativ; ebenso wie in den Landkreisen entlang der deutsch-tschechischen Grenze: Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Mittlerer Erzgebirgskreis, Freiberg, Vogtlandkreis. Demgegenüber haben sich in den Landkreisen Zwickauer Land, Chemnitzer Land, Stollberg und Mittweida

zwischen 1990 und 1999 Wanderungsgewinne ergeben. Dabei handelt es sich um solche Gebiete, die unmittelbar an Chemnitz und Zwickau angrenzen und von den Stadt-Rand-Wanderern profitieren.

Was die zeitliche Entwicklung betrifft, so ist der Wanderungssaldo zu Beginn der 1990er Jahre in allen Kreisen negativ verlaufen. Während er in Chemnitz und Zwickau sowie im Landkreis Aue-Schwarzenberg – bis auf kurzfristige Besserungen – bis heute anhält, hat er sich in den meisten anderen Kreisen vorübergehend positiv entwickelt. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Regierungsbezirk Chemnitz erneut angestiegen und hat vor allem auch die Landkreise wieder in stärkerem Maße erfasst als in den Jahren zuvor. Dabei fällt auf, dass aus den kreisfreien Städten ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Fortziehenden in die alten Bundesländer bzw. ins Ausland tendiert. Demgegenüber

Bevölkerungsentwicklung in Südwestsachsen nach Kreisen 1990–1999

Kreisfreie Stadt / Landkreis	Stand 1999	Entwicklung 1990–1999		Prognose 2000–2015*	
	absolut	absolut	%	absolut	%
Stadt Chemnitz	263 222	-52 098	-16,5	-36 800	-14,1
Stadt Plauen	71 995	-4 697	-6,1	-2 400	-3,4
Stadt Zwickau	104 146	-19 495	-15,8	-14 500	-14,3
Landkreis Annaberg	89 304	-8 038	-8,0	-7 000	-7,9
Landkreis Chemnitzer Land	142 396	-5 472	-3,7	-14 200	-10,1
Landkreis Freiberg	154 475	-6 682	-4,1	-13 600	-8,9
Vogtlandkreis	204 627	-14 721	-6,7	-19 700	-9,7
Mittlerer Erzgebirgskreis	95 417	-6 031	-5,9	-9 300	-9,8
Landkreis Mittweida	139 546	-5 447	-3,8	-12 800	-9,3
Landkreis Stollberg	94 681	-3 431	-3,5	-7 400	-7,9
Landkreis Aue-Schwarzenberg	142 687	-17 199	-10,8	-13 700	-9,6
Landkreis Zwickauer Land	136 475	-2 108	-1,5	-11 300	-8,3
Regierungsbezirk Chemnitz	1 638 931	-145 419	-8,1	-162 700	-10,0

* Variante 4, die von der ungünstigsten Bevölkerungsentwicklung ausgeht

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

suchen die meisten aus den Landkreisen Abwandern ihren neuen Wohnstandort innerhalb Sachsens.

Auch in Zukunft dürfte sich der Bevölkerungsrückgang weiter fortsetzen. Bis 2015 wird im Regierungsbezirk Chemnitz – auf der Basis der ungünstigsten Variante 4 der landeseigenen Prognose – mit einem nochmaligen Verlust von 162 700 Einwohnern, also weiteren 10 % gerechnet. Die höchsten Bevölkerungseinbußen zeichnen sich für die Städte Zwickau (-14,3 %) und Chemnitz (14,1 %) ab; gefolgt von den Landkreisen Chemnitzer Land (-10,1 %), Mittlerer Erzgebirgskreis (-9,8 %), Vogtlandkreis (-9,7 %) sowie Aue-Schwarzenberg (-9,6 %).

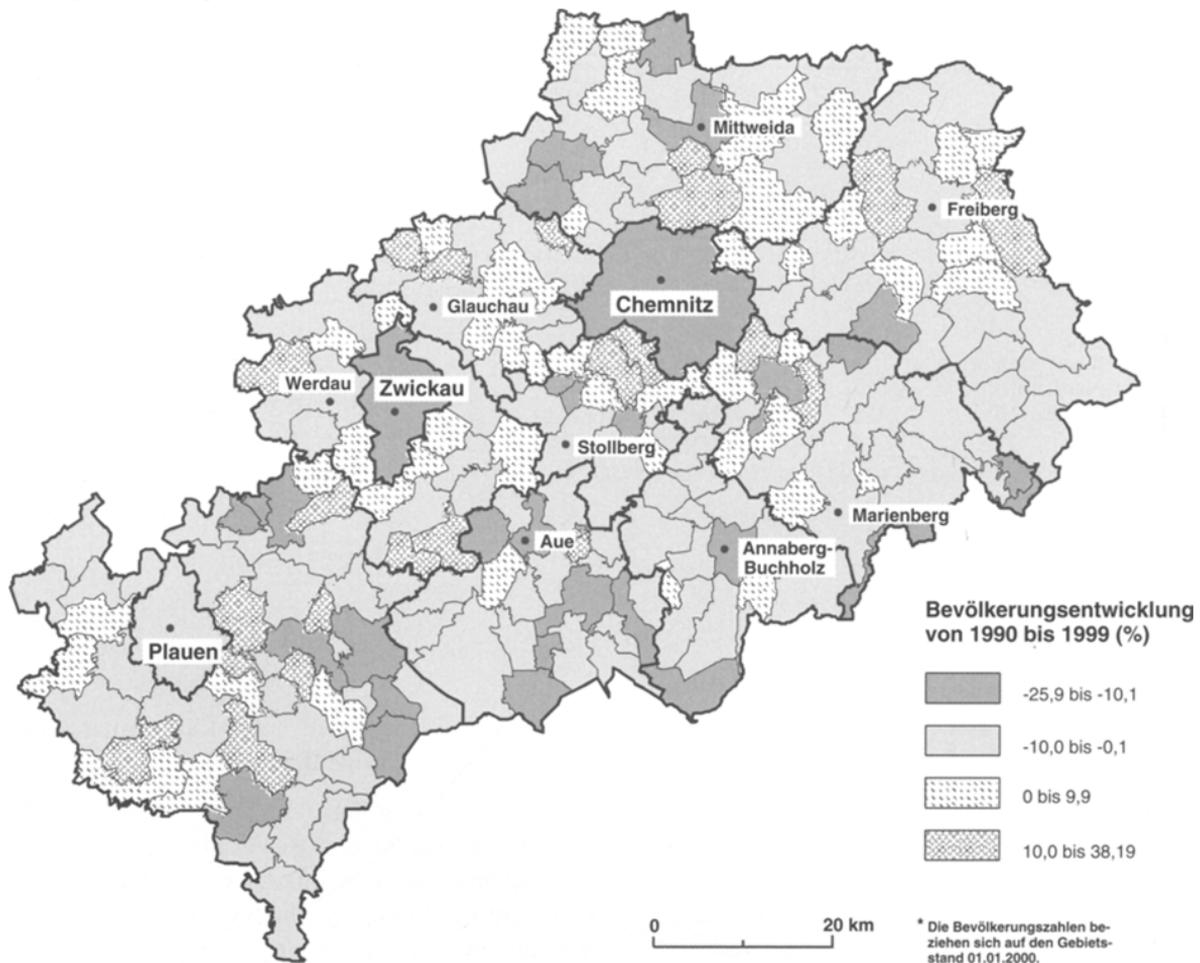
Was die kleinräumige Situation der Bevölkerung angeht, so hat sich in den letzten Jahren eine Steigerung der Einwohnerzahl insbesondere in den verkehrsgünstig gelegenen Gemeinden im Umland der größeren Städte sowie an der Grenze zu den Regierungsbezirken Oberfranken, Dresden und Leipzig ergeben (vgl. Abb. 4). Demgegenüber sind die Bevölkerungsverluste in den Kommunen entlang der deutsch-tschechischen Grenze und in schlecht erreichbarer peripherer Lage überdurchschnittlich hoch. Vielfach handelt es sich um spezifische Probleme, die die Entwicklung einzelner Gemeinden allgemein und speziell ihrer Einwohner prägen. Somit dürfte beispielsweise die Aufgabe der Tätigkeit von Wismut in der Stadt Johanngeorgenstadt für deren überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsverlust (1990–1999: -26,0 %) verantwortlich sein. Ähnliches gilt für die Stadt Oberwiesenthal (-25,4 %), deren touristische Bedeutung sich nach der Wende erheblich

verringerte, oder für die Stadt Klingenthal (-16,9 %), die zahlreiche wichtige Industriebetriebe verloren hat.

Die meisten Bürgermeister haben sich bereits mit den Gründen des Bevölkerungsrückgangs beschäftigt¹; und zwar überwiegend im Stadt- bzw. Gemeinderat, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern und/oder mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft u.a. Als Ursachen werden die zunehmende Überalterung (38 %), die unzureichende Arbeitsmarkt- (29 %) und die ungünstige Ausbildungssituation (12 %) sowie die Abwanderung der Bewohner (8 %), die strukturellen Probleme der Gemeinde sowie der gesellschaftliche Umbruch seit der politischen Wende (jeweils 7 %) genannt.

Rund 80 % der Kommunalpolitiker geben an zu wissen, warum Bürger aus ihrer Gemeinde fortziehen. Wesentliche Motive sind ihrer Meinung nach das Finden eines Arbeitsplatzes (42 %) bzw. einer Lehrstelle (22 %) an einem anderen Standort – meistens in den alten Bundesländern –, bessere Wohnverhältnisse im suburbanen Raum (Wohneigentum) bzw. in Westdeutschland (jeweils 9 %), Familienzusammenführung bzw. Geburtenrückgang (jeweils 4 %) und sonstige (10 %). Mit überwältigender Mehrheit (94 %) schätzen die Kommunalpolitiker die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in ihrer Gemeinde negativ ein: 52 % erachten sie als „sehr negativ“, 43 % als „negativ“. Jeweils 3 % der Nennungen entfallen auf die Antwort „sehr positiv“ bzw. „weder positiv noch negativ“.

Abbildung 4
Bevölkerungsentwicklung in Südwestsachsen nach Gemeinden 1990–1999



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Bearbeitung: Fachgebiet Geographie der TU Chemnitz 2001

4 Mögliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung²

Abgesehen von den konkreten Problemen auf verschiedenen räumlichen Ebenen ergeben sich durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung eine Vielzahl an Schwierigkeiten in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Diese gilt es zunächst einmal in ihrer Grundsätzlichkeit zu identifizieren und systematisieren, bevor sie auf der regionalen und lokalen Ebene erörtert werden. Dabei handelt es sich um folgende mögliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung, die in Bezug auf Sachsen bzw. den hier näher untersuchten Regierungsbezirk Chemnitz überwiegend ungünstige Elemente beinhalten:

- Erhebliche Probleme beim Rentenversicherungssystem
- Gravierender Wandel der Bevölkerungsverteilung innerhalb des Landes (Sachsen) bzw. der Region (Südwestsachsen)
- Verstärkung der regionalen Disparitäten
- Überalterung der verbleibenden Bevölkerung mit veränderten Ansprüchen an die infrastrukturelle Ausstattung usw.
- Weitere Verringerung des Anteils jüngerer Bewohner
- Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen
- Verknappung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften
- Rückläufige Entwicklung von Betriebsneuanstellungen, -erweiterungen u. ä.
- Spürbare Steuerausfälle, ggf. Anlass für weitere Haushaltseinsparungen
- Gleichzeitig Erhöhung des Subventionsbedarfs
- Notwendigkeit zur Umverteilung materieller Ressourcen (z. B. im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs)
- Verlust an Absatzmärkten
- Dadurch auch Verlust an Arbeitsplätzen

- Tendenzielle Unterauslastung infrastruktureller Einrichtungen (z. B. Ver-/Entsorgung, Verkehr, Bildung, Freizeit)
- Anstieg von Leerständen (z. B. Wohnraum, Gewerbeflächen)
- Wandel des traditionellen Versorgungssystems (z. B. Zentrale Orte)
- Zwang zur Neuorganisation administrativer Strukturen und öffentlicher Serviceleistungen (z. B. im Verwaltungsbereich)
- Mögliche Verarmung des gesellschaftlichen Lebens
- Gefahr einer Zunahme der Verödung von Innenstädten und sonstiger Flächen bzw. Standorte
- Herausbildung bzw. Verstärkung eines Negativimages, zumindest einzelner Regionen und Städte bzw. Gemeinden

Was die am Beispiel von Südwestsachsen dargestellte regionale und lokale Ebene betrifft, so werden von den dort befragten Bürgermeistern vorrangig fünf Bereiche genannt, auf die sich die rückläufige Bevölkerungszahl besonders auswirkt. Im Vordergrund steht der Bereich „Schule/Kindergarten“ (49 %), der durch den Rückgang der Schüler- bzw. Kinderzahl, drohende Schließungen entsprechender Einrichtungen sowie personelle Einsparungen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Negative Auswirkungen ergeben sich mit jeweils 15 % der Nennungen auch für die Bereiche „Handel/Gewerbe/Arbeitsmarkt“ – insbesondere angesichts weniger Kunden bzw. geringerer Kaufkraft, Geschäftsaufgabe bzw. -schließungen sowie Fachkräftemangel – und „Öffentliche Einrichtungen/soziale Infrastruktur“ – vor allem wegen ihrer geringeren Inanspruchnahme bzw. Nutzung, Nachwuchsproblemen (in Vereinen) sowie Überalterung der Bewohner.

Nicht zuletzt werden der „Wohnungsmarkt“ (12 %) – durch Leerstand von Wohnungen, Abriss von Gebäuden – und die „Öffentliche Verwaltung“ (9 %) – durch geringere Einnahmen, weniger Zuweisungen, rückläufige Mitarbeiterzahl – beeinträchtigt.

5 Strategien zur Sicherung der Bevölkerungszahl und -struktur³

Schließlich erscheint es notwendig, effektive Gegenstrategien zur Sicherung der Bevölkerungszahl sowohl in konzeptioneller Form zu erarbeiten als auch praktisch umzusetzen. Dabei wird wiederum auf die allgemeinen Aspekte zuerst eingegangen, die stichwortartig wie folgt lauten:

a) Familienpolitische Maßnahmenbereiche

- Erhöhung des Kindergeldes, Beibehaltung des Landeserziehungsgeldes, Einführung eines Familiengeldes, Gewährung eines Familienbonus u. ä.
- Stärkere Berücksichtigung von Kinderbetreuungszeiten bei der Rentengesetzgebung
- Einführung einer differenzierteren Kindergeldstaffelung nach der Einkommenshöhe
- Großzügigere Darlehensregelungen für junge (Ehe-) Paare mit Kind/ern
- Bessere Koordinierung monetärer Leistungen für Familien, Kinder und Jugendliche
- Gewährung höherer Vergünstigungen für Kinderreiche (z. B. im Rahmen der Benutzung infrastruktureller Angebote)
- Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen (u. U. gebührenfreien) Kindergartenplatz
- Ausbau sowie flexible und kostengünstige Gestaltung der Tagesbetreuung von Kindern jeglichen Alters
- Liberalisierung des Adoptionsrechts

b) Arbeitsmarktpolitische Maßnahmenbereiche

- Flexiblere Gestaltung der täglichen, wöchentlichen, monatlichen bzw. Jahres-/ Lebensarbeitszeit
- Schaffung verbesserter Bedingungen zur Teilzeitarbeit, insbesondere für Mütter/Väter
- Kreative Entwicklung intelligenter Modelle zur flexiblen Berufstätigkeit von Müttern/Vätern (z. B. Zeitarbeitsmodelle, Telearbeitsplätze)
- Effektivere Wiedereingliederungshilfen im Rahmen der Erziehungsurlaubsregelung
- Zügige Angleichung der Arbeitszeit und Besoldung in Ostdeutschland an das Westniveau
- Vermehrte Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuungsmaßnahmen
- Vorausschauende Erarbeitung langfristig angelegter Konzeptionen zur Sicherung des qualifizierten Arbeitskräftebestandes
- Herausbildung eines familien- bzw. kinderfreundlichen Bewusstseins am Arbeitsplatz (Arbeitgeber, Arbeitskollegen usw.)

c) Wirtschaftspolitische Maßnahmenbereiche

- Steuerliche Berücksichtigung familienpolitischer Maßnahmen in Unternehmen
- Gewährung finanzieller Anreize für Betriebe zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Beschäftigung von Berufsanfängern, Praktikanten usw.

- Stärkere Unterstützung familienfreundlicher Unternehmen (z.B. in Form befristeter Steuerbefreiungen, günstiger Darlehen, kostengünstiger Bereitstellung von Gewerbe- bzw. Büroflächen)
- Gewährung effektiverer Hilfestellungen für familienfreundliche Betriebe mit geringer Eigenkapitalausstattung
- Auflage regionaler Förderprogramme in den Gebietsteilen mit überdurchschnittlich hohem Bevölkerungsrückgang
- Vereinfachung der Beantragung von Fördergeldern durch familienfreundliche Unternehmen
- Bereitstellung familien- bzw. kinderfreundlicher Angebote von Seiten der Betriebe
- Vorausschauende Unternehmenspolitik (z.B. in Form der Ermittlung zukunftssträchtiger Berufsbilder, gezielter Weiterbildungsmaßnahmen)
- Verbesserung der Wohnverhältnisse für eine steigende Zahl alter Menschen bzw. der Wohnmöglichkeiten zum Zusammenleben mehrerer Generationen
- Förderung von Wohnungseigentum für Familien bzw. Alleinerziehende
- Preisgünstige bzw. kostenlose Bereitstellung leerstehender Wohnungen für Kinderreiche
- Restriktive Handhabung der Ausweisung neuer Wohnbauflächen in den suburbanen Gemeinden
- Verstärkte Aktivitäten zur Revitalisierung der Innenstädte
- Unterstützung familien- bzw. kinderfreundlicher Initiativen zur kleinräumigen Gestaltung der Städte und Gemeinden
- Realisierung kindergerechter Verkehrsplanungen (z.B. Ausweisung von Spielstraßen, Einführung kostengünstiger Familientickets)

d) (Aus-) Bildungspolitische Maßnahmenbereiche

- Bereithaltung von (Aus-)Bildungseinrichtungen in räumlicher Nähe der Wohn- und Arbeitsstandorte
- Verbesserung der Ganztagsbetreuung von Schülern
- Gewährleistung einer günstigen Schüler-Lehrer-Relation
- Verbesserung der Bedarfsermittlung künftiger Ausbildungsberufe und Studienangebote
- Stärkere Ausrichtung der Bildungsstätten und ihres Aus-/Weiterbildungsprofils am Bedarf potenzieller Arbeitgeber
- Schaffung von Aus-/Weiterbildungsnetzwerken (z.B. KMU)
- Flexibilisierung der Altersgrenze bei der Ausbildungsförderung
- Verbesserung der Studienmöglichkeiten für junge Mütter/Väter
- Förderung der Hochschulen zu international renommierten Studien- und Forschungszentren
- Unterstützung des Entwicklungsprozesses einer überregional wettbewerbsfähigen Wissensgesellschaft

e) Wohnungs- und städtebaupolitische sowie verkehrspolitische Maßnahmenbereiche

- Schaffung familien- bzw. kindergerechten Wohnraums (Größe, Aufteilung, Zimmerzahl, Balkon/ Garten/ Terrasse)
- Verhinderung von Benachteiligungen oder sogar etwaiser Diskriminierungen von Familien bzw. Alleinerziehenden auf dem Wohnungsmarkt

f) Ausländerpolitische Maßnahmenbereiche

- Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes
- Koordinierung verschiedener Rechtsgrundlagen für Ausländer (z.B. Anwerbung von Arbeitsmigranten, Familiennachzug, Asylrecht, Flüchtlingsschutz)
- Unterstützung eines positiven Meinungsbildes gegenüber ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien
- Durchführung vielfältiger Maßnahmen zur beruflichen und persönlichen Integration ausländischer Mitbürger
- Erarbeitung von Modellen zur aktiven Beteiligung ausländischer Bewohner am gesellschaftlichen Leben
- Berücksichtigung spezifischer soziokultureller Verhaltensweisen verschiedener ausländischer Bevölkerungsgruppen
- Schaffung von Voraussetzungen zur langfristigen Entwicklung einer multikulturell geprägten Gesellschaft

g) Sonstige Maßnahmenbereiche

- Förderung bewusstseinsbildender Maßnahmen zu Gunsten einer familien- bzw. kinderfreundlichen Gesellschaftspolitik auf allen Handlungsebenen
- Erarbeitung zukunftssträchtiger, auf Kooperation beruhender Organisationsmodelle zur Versorgung der Bevölkerung (z.B. Einzelhandel)
- Anpassung der administrativen, funktionalen usw. Strukturen (z.B. Überarbeitung der Aufgabenverteilung der öffentlichen Verwaltung)

- Ausbau eines differenzierten, hochwertigen sowie für alle Alters- und Sozialschichten nutz- und bezahlbaren Freizeit- und Erholungsangebots
- Motivieren zu, ggf. Unterstützen von vorausschauender Daseinsvorsorge
- Verbesserung des Selbst- und vor allem des Fremdimages sächsischer Regionen sowie Städte und Gemeinden
- Intensivierung des Regional-/Stadtmarketings sowie des Regional-, Standort- und Projektmanagements
- Stärkung der Identifizierung der Bevölkerung mit ihrer Heimatregion bzw. -gemeinde

Die in der Region Südwestsachsen befragten Bürgermeister erwarten von den übergeordneten Stellen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vorrangig die Realisierung von Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft, der Familie und der Infrastruktur. Außerdem nennen sie zahlreiche Vorhaben, die sie selbst bereits realisiert, konkret geplant bzw. vorgesehen haben. Was die Durchführung familienfreundlicher Maßnahmen betrifft, so handelt es sich vor allem um den Bau, die Modernisierung oder den Erhalt von Einrichtungen für Kinder (Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen), um die Verbesserung der Freizeit- und Sportangebote (Spielplätze, Sportstätten, -vereine) sowie um den Ausbau der kommunalen Infrastruktur generell und die Steigerung der Attraktivität als Wohnstandort. Die Aktivitäten zur Gewinnung zuzugswilliger Neubürger beziehen sich hauptsächlich auf die Bereitstellung von Wohnungen bzw. die Ausweisung von Wohnbauland, den Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur generell sowie die Schaffung von Gewerbeflächen. Dabei ergibt sich zwar bei knapp der Hälfte der Bürgermeister „grundsätzliches Einverständnis“ zur verstärkten Aufnahme von Zuwanderern aus dem Ausland, allerdings signalisiert ein ebenso hoher Anteil der Befragten „gewisse Bedenken“ oder – wenn auch nur eine Minderheit – „tendenzielle Ablehnung“ gegenüber derartigen Überlegungen.

Um abschließend noch einmal kurz darauf einzugehen, wer nun konkret welche Maßnahmen in Angriff nehmen bzw. durchführen sollte, müsste eine breit angelegte Initiative einsetzen, an der sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Hierzu zählen zunächst einmal die politischen Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene; ebenso wie Unternehmer und Verwaltungsexperten sowie Schlüsselpersonen aus weiteren Bereichen (z. B. Bildungseinrichtungen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen). Nicht zuletzt sind auch die Bürger – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – aufgerufen, angesichts des künftig

eher noch zunehmenden Bevölkerungsrückgangs einen Beitrag zur Sicherung der Bevölkerungszahl und -struktur zu leisten.

Anmerkungen

(1)
Ergebnisse einer standardisierten Befragung in den Landkreisen und in solchen Gemeinden Südwestsachsens, die eine negative Bevölkerungsbilanz aufweisen.

(2)
Überlegungen, die bereits im Rahmen mehrerer Fachveranstaltungen vorgestellt und diskutiert worden sind (z. B. Staatssekretärenausschuss der Sächsischen Staatsregierung, Talkrunde des Sachsenclubs auf der EXPO-Weltausstellung, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, MDR-Sachsenspiegel, AG „Demografischer Wandel“ der Sächsischen Staatskanzlei, Bildungsmesse Chemnitz, „Dresdner Gespräche“ des MDR).

(3)
Die Aussagen zur Familie beziehen sich gleichermaßen auf Alleinerziehende.

Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000): Raumordnungsbericht. Bonn

Jurczek, P. (1996): Wirtschaftliche und soziale Grunddaten für die Revitalisierung der Städte und die regionale Entwicklung in Südwestsachsen. = Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, H. 22 und H. 23. Chemnitz

Jurczek, P. (1999): Geografie und Regionalentwicklung. In: Die Region Südwestsachsen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, S. 26–35, Chemnitz

Jurczek, P. (2000): Regionalentwicklung in Südwestsachsen. In: Räumliche Konsequenzen der sozialökonomischen Wandlungsprozesse in Sachsen (seit 1990). = Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 74, S. 11–31. Berlin

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (1999): Regionale Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen, Sonderhefte 1 und 2. Kamenz

Prof. Dr. Peter Jurczek
Technische Universität Chemnitz
Fachgebiet Geographie
09107 Chemnitz
E-Mail: peter.jurczek@phil.tu-chemnitz.de